

BASis Info 1/2021

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ihr werdet es alle beobachtet haben: Der Ton in der großen Koalition ist Anfang des Jahres rauer geworden. Dies nur mit dem kommenden Wahlkampf abzutun trifft nicht den Kern. Bei uns in der Fraktion wächst die Unzufriedenheit mit dem Handeln der Bundesregierung in der Pandemie.

Die Produktion des Impfstoffes muss erst anlaufen, das ist klar. Aber ein Teil der Kritik, die seit Anfang des Jahres nicht abreißt, ist durchaus berechtigt. Es läuft nicht alles rund.

- Der Bund hat den Ländern eine gemeinsame Hotline angeboten. Die Länder haben das abgelehnt. Jetzt hören die Menschen in einigen Bundesländern nur das Besetztzeichen.
- Erst jetzt überlegt man, sich mit allen Arzneimittelherstellern an einen Tisch zu setzen, um weitere Produktionsmöglichkeiten auszuloten. Das hätte viel früher passieren müssen.
- Uns fehlen immer noch grundlegende Daten zur Ausbreitung des Virus. Die hätte das Forschungsministerium schon längst in Auftrag geben müssen.
- Wir haben viel Geld zur Unterstützung der

Unternehmen bereitgestellt. Warum schafft Peter Altmaier es nicht, dieses Geld auch zu verteilen?

Natürlich sind wir besorgt darüber, dass die Infektionszahlen und vor allem die Zahl derer, die schwer erkranken oder sterben, weiterhin so hoch sind. Ich befürchte, dass die mutierte Variante des Corona-Virus schon weiter verbreitet ist, als wir wissen.

Es geht immer noch nicht anders: Wir müssen weiter aufeinander aufpassen, Kontakte und damit Infektionsmöglichkeiten vermeiden.

Die Zahlen müssen runter. Daran führt kein Weg vorbei. Das reicht aber nicht. Wir müssen Risikogruppen schützen, schneller Impfen und die Gesundheitsämter stärken.

Die Fraktion hat dazu ein Positionspapier "In Solidarität durch die Pandemie" beschlossen. Die wichtigsten Forderungen: Ein Impfgipfel und viel mehr Tests in Pflegeheimen und anderen Einrichtungen.

Das müssen wir jetzt dringend anpacken.

Herzliche Grüße
Bärbel Bas



Fragen zur Corona-Impfung

Ich habe mich in den letzten Tagen immer wieder gegen eine Impfpflicht ausgesprochen und gesagt, dass wir die Menschen überzeugen wollen.

Die meisten Menschen wollen sich impfen lassen. Viele haben aber noch Fragen. Gerne beantworte ich hier die, die mir immer wieder gestellt werden:

Lässt Du Dich selbst impfen?

Ich werde mich gegen das Corona-Virus impfen lassen, sobald ich an der Reihe bin. Bundestagsabgeordnete sind in der dritten Gruppe - so wie alle Angehörige von Verfassungsorganen.

Warum?

Impfungen retten Leben. Die Impfung ist die beste Möglichkeit, sicher mit dem Corona-Virus zu leben und die Pandemie hinter uns zu lassen.

Aber ist der Impfstoff ausreichend geprüft?

Trotz der schnellen Entwicklung und Zulassung des neuen Impfstoffes gibt es keine Abstriche bei der Sicherheit. Weggefallen sind vor allem Wartezeiten: Die Forscherinnen und Forscher mussten nicht lange auf Geld warten, Probanden stellten sich sehr schnell zur Verfügung, die Zulassungsbehörde prüfte parallel zu den klinischen Studien. Die Testkriterien selbst sind nicht verändert worden. Es handelt sich in der EU um ein komplettes Zulassungsverfahren.

Gibt es Nebenwirkungen?

Grundsätzlich gilt, dass bei Impfstoffen, wie bei an-

deren Medikamenten auch, Nebenwirkungen auftreten können. Da der Corona-Impfstoff eine starke Immunreaktion hervorruft, treten kurzzeitig, meist nur leichte, Nebenwirkungen auf wie Fieber, Gelenkschmerzen, Unwohlsein und Müdigkeit. Das ist unangenehm. Aber die Nebenwirkungen klingen nach kurzer Zeit in aller Regel von selbst wieder ab.

Berichtet wird von schwereren allergischen Reaktionen bei dem Biontec-Impfstoff. Nach jetzigem Wissen treten sie seltener auf als bei anderen Impfungen. Und für mich das entscheidende: Sie treten sehr viel seltener auf als schwere COVID-19-Verläufe.

Auch nach der Marktzulassung wird der Impfstoff weiter engmaschig überwacht, um auch sehr seltene Nebenwirkungen zu erfassen. Nebenwirkungen und Impfreaktionen werden dazu in Deutschland vom Paul-Ehrlich-Institut zentral erfasst.

Verändert der Impfstoff das Erbgut?

Nein. Der mRNA-Impfstoff gelangt zwar in einige Körperzellen, um dort zu wirken. Aber er gelangt nicht in den Zellkern, in dem das Erbgut gespeichert ist. Auch wenn der Impfstoff mit gentechnischen Methoden hergestellt wird, ist eine Änderung des Erbguts beim Impfling ausgeschlossen.

Macht der Impfstoff unfruchtbar?

Nein. Es handelt sich dabei um klassische Fake-News für die es keine wissenschaftlichen Belege gibt. Der Mythos, dass Impfen zu Unfruchtbarkeit führt, wird schon lange auch bei anderen Impfstoffen verbreitet.



Bund finanziert Klimaschutz in Duisburg

Gute Nachrichten für den Klimaschutz in Duisburg. Die Duisburger Verkehrsgesellschaft erhält bis 2024 knapp 1,4 Millionen Euro aus der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums. Gefördert werden zwei Schienenfahrzeugsimulatoren. Diese sollen als Lehrmittel im Fahrschulunterricht sowie in Lehrgängen zum energieeffizienten Fahren eingesetzt werden. Die Umwelt profitiert so doppelt: Zum einen ersetzt der Simulator herkömmliche Fahrshulfahrten, zum anderen wird der gesamte Energiebedarf der Duisbur-

ger Verkehrsgesellschaft durch eine energieschonendere Fahrweise gesenkt.

Erst im November hatte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossen, das kommunale Klimaschutzprojekt „Schrittsteine“ in Duisburg zu fördern. Die Mittel für den Klimaschutz kommen bei uns in Duisburg an. Dies zeigt auch, dass Duisburg aktiv ist und Ideen entwickelt, die gefördert werden können.

Vorschläge für eine bessere Grundsicherung

In der Corona-Pandemie haben wir den Zugang zur Grundsicherung deutlich erleichtert. Wir wollten all denen, die in der Pandemie ihr Einkommen verloren haben, schnell helfen. Die Erfahrung damit hat gezeigt: Der Zugang zu existenzsichernden Leistungen ist schnell und unbürokratisch möglich. Daran knüpfen wir an.

Hohe Mieten, ein engumkämpfter Wohnungsmarkt und die Schwierigkeit einen neuen Job zu finden – das wird für viele Bürgerinnen und Bürger auch nach der Krise Realität bleiben. Wir wollen deshalb, dass die Erleichterungen einfach weiter gelten.

Was bedeutet das? Hubertus Heil hat vorgeschlagen, dass in den ersten zwei Jahren des Bezugs von Grundsicherung die Angemessenheit der Wohnung nicht überprüft und Vermögen bis zu 60.000 Euro nicht angerechnet werden sollen. Gleichzeitig sollen Sanktionen deutlich eingeschränkt werden.

Der Sozialstaat muss unbürokratischer und zugewandter werden. Wir werden dazu sicher im Wahlprogramm weitergehende Vorschläge machen. Die Verlängerung dieser Erleichterungen würde aber schon jetzt mehr Sicherheit beim Arbeitslosengeld II bieten. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende wäre zugänglicher, einfacher und unkomplizierter.

Es ist erschreckend, dass die Union diese Vorschläge sofort reflexartig ablehnt.

Wer vorübergehend auf Arbeitssuche ist und durch die Grundsicherung aufgefangen wird, muss sich voll auf Weiterbildung und die Suche nach Arbeit konzentrieren können. Die Angst um die eigene Wohnsituation und mühsam Erspartes darf dem nicht im Wege stehen. Deshalb ist es richtig, dass wir hier für mehr Sicherheit und mehr Weiterbildung sorgen und damit Menschen nachhaltig in Arbeit bringen. Hier darf sich die Union nicht verweigern.



Mein Tagebuch

Normalerweise treffe ich in Sitzungswochen ständig Menschen: Kolleginnen und Kollegen in Sitzungen und auf dem Flur, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei uns im Büro und habe immer wieder Gesprächsrunden bei mir im Büro.

Diese Woche war anders. Ich war zwar in Berlin, außer den Plenarsitzungen fanden aber alle Sitzungen als Videokonferenz statt. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Homeoffice. Nur zu einem Videodreh und zum Bearbeiten der Briefpost war ich nicht allein im Büro.

Die Arbeit läuft. Wir telefonieren, machen Besprechungen als Videokonferenz, schicken Mails und Nachrichten. Wir haben uns mittlerweile an das andere Arbeiten gewöhnt. Wenn man aber zum

Plenarsaal geht und auf den Gängen niemanden trifft, dann fühlt es sich sehr seltsam an. Das gemeinsame Leben, das wir alle vermissen, das fehlt auch im Bundestag.

Forschung und Innovation können uns helfen, dass es wieder anders wird - mit Impfstoffen, Therapien und Strategien zur Eindämmung. Forschung - das zeigt sich hier - hilft, gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Ich habe daher gerne Ja gesagt, als ich gefragt wurde, ob ich Mitglied im Senat der Fraunhofer-Gesellschaft werden will. Seit 1. Januar bin ich nun Mitglied.

Bis zum nächsten Mal,
ich freu mich drauf!

Wir müssen reden

Immer wieder habe ich mich mit Menschen am Esstisch getroffen, um direkt ins Gespräch zu kommen - über alles, was gerade wichtig ist. Das ist so gerade nicht möglich.

Ich möchte gerne ausprobieren, ob „Wir müssen reden“ nicht auch digital funktioniert. Wer will Freunde, Kolleginnen, Kollegen oder Familien einladen? Acht Leute sollten es schon sein, ich freue mich über so viele Gäste wie möglich.

Ich kann zwar online keinen Kuchen ausgeben, mein Team kümmert sich aber gerne um die Technik. Meldet Euch gerne bei Andrea Demming-Rosenberg unter 0203 48869630.

Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier: <https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:

<https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>

Neues zum Schluss